**Stadt Bergisch Gladbach**
**Die Bürgermeisterin**

| | |
|---|---|
| Ratsbetreuender Fachbereich<br>**1 - Allgemeine Verwaltung**<br>**Verwaltungssteuerung** | Datum<br>11. September 2000 |
| | Schriftführerin: Helga Monheim<br>Telefon-Nr.: **02202/142245** |
| **Niederschrift** | |
| **Rat** | **Sitzung am 17.08.2000** |
| Sitzungsort<br><br>Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)<br><br>16.30 Uhr – 19.20 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)<br>17.50 Uhr – 18.10 Uhr |
| **Sitzungsteilnehmer**<br>Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| **Tagesordnungspunkt** | |

## A <u>Öffentlicher Teil</u>

**1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit**

**2. Veräußerung des Geschäftsanteils der Bädergesellschaft mbH an der BELKAW GmbH**
*428/2000*

# A Öffentlicher Teil

## 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen begrüßt die Anwesenden und weist auf die Besonderheiten der heutigen Ratssitzung hin, die zusätzlich terminiert wurde. Sie bittet um Verständnis, dass wegen des Festaktes zur Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Herrn Hans Hachenberg einige Änderungen im sonst üblichen Verfahrens- und Sitzungsablauf vorgenommen wurden. Unter dem Aspekt der Sondersitzung und der in Kürze anstehenden „regulären Sitzung“ habe sie sich dafür entschieden, eine reduzierte Tagesordnung vorzulegen.

Frau Opladen eröffnet um 16.30 Uhr die siebte Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der sechsten Wahlperiode.
Sie teilt mit, dass sich Herr Albrecht für die heutige Sitzung entschuldigt hat. Sie stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.
Sitzungsunterlagen für die heutige Sitzung sind die Einladung vom 07.08.2000 und die Tischvorlage mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.08.2000 zum Tagesordnungspunkt B 1 im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung (Drucksachen-Nr. 521/2000).

Frau Opladen gibt bekannt, dass außerdem eine Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.08.2000 zu den Hochwasserereignissen der vergangenen Wochen für die heutige Ratssitzung vorliegt.
Unter Hinweis auf § 20 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ratsausschüsse führt sie aus, dass die Anfrage am 15.08.2000 um 18.15 Uhr im Bürgermeisterbüro eingegangen und damit verfristet sei. Sie werde die schon aus diesem Grunde formell unzulässige Anfrage in der heutigen Sitzung nicht behandeln.
Allerdings halte Sie die Angelegenheit für so bedeutend, dass der Inhalt der Anfrage schriftlich beantwortet werde.
Im übrigen verweise sie auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.07.2000 für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 23.08.2000, die allen Ratsmitgliedern zwischenzeitlich zugegangen sein dürfte.
Herr Freese fragt, ob die schriftliche Anfrage tatsächlich wegen Verfristung verworfen werde und das Ratsmitglied dann ggf. mündlich heute die Anfrage stellen müsse.
Frau Opladen zitiert die Regelung in § 20 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse. Danach kann eine Anfrage zurückgewiesen werden, wenn sie nicht den Bestimmungen des § 20 Absatzes 1 entspricht und dies sei vorliegend der Fall.

Herr Ziffus fragt unter Bezugnahme auf das Schreiben des Büros der Bürgermeisterin vom 17. Juli 2000, warum das Thema *Gebietsmeldung nach der Fauna-Flora-Habitat*

*(FFH) - Richtlinie (Tranche 2 b)* nicht Gegenstand der heutigen Sitzung sei, sondern erst in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) am 23.08.2000 behandelt werde. Die nun praktizierte Verfahrensweise nähme ihm und seinen gesamten Fraktionskolleginnen und –kollegen jede Möglichkeit, auf diesen Beschluss und auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung einzuwirken.

Frau Opladen geht davon aus, dass die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit haben werden, in der Ausschuss-Sitzung Stellung zu nehmen und damit die Mitwirkungsrechte der einzelnen Ausschussmitglieder hinreichend gewährleistet seien. Heute finde – wie bereits erwähnt - eine Sondersitzung statt. Der Punkt BELKAW sei nur aus wirtschaftlichen Erwägungen Gegenstand der Tagesordnung. Je weiter die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages zwischen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach und der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln AG (GEW) hinausgezögert werde, desto größer seien die Zinsverluste für Stadt.

## 2. Veräußerung des Geschäftsanteils der Bädergesellschaft mbH an der BELKAW GmbH

Bürgermeisterin Opladen gibt eine kurze Einführung zur Veräußerung der BELKAW-Anteile durch die Bädergesellschaft.

Herr Müller weist darauf hin, dass in der Vergangenheit viele Kommunen Anteilseigner oder Eigentümer von Unternehmen der Energiewirtschaft waren und auch heute noch sind. Die kommunale Betätigung im Bereich Energiewirtschaft sei hauptsächlich in der Daseinsvorsorge begründet. Die monopolistische Struktur des Energiemarktes sicherte eine relative Preisstabilität. Die Freigabe des Wettbewerbs auf dem Stromenergiemarkt vor einigen Jahren habe die Situation völlig verändert. Die örtlichen Energieunternehmen hätten heute große Schwierigkeiten, mit den großen Marktanbietern zu konkurrieren.
Durch den Preisdruck seien die Gewinne der Energieunternehmen in den letzten Jahren zurückgegangen und würden sich in den kommenden Jahren auch weiter reduzieren.
Auch die in diesem Monat anstehende Freigabe des Wettbewerbs im Energiesektor Gas werde die Gewinne der Energieunternehmen zusätzlich sinken lassen.
Die Stadt habe mit den Anteilen der BELKAW ein relativ großes Vermögen geschaffen und der Rat sei dafür verantwortlich, das Vermögen zu erhalten oder vielleicht sogar zu vergrößern.
Als die Veräußerung der BELKAW-Anteile vor anderthalb Jahren erstmals diskutiert wurde, habe man ein Gutachten zur Marktanalyse sowie zur Bewertung und zur Einschätzung der Zukunftschancen des Unternehmens BELKAW in Auftrag gegeben. Es belege eindeutig, dass der Wert der BELKAW in der Zukunft sinken wird und dass das Unternehmen in der Größenordnung wie es heute besteht, Schwierigkeiten haben werde, am liberalisierten Energiemarkt zu überleben. Eine Kooperation mit benachbarten Energieunternehmen sei nicht zustande gekommen, da auch dort entweder die GEW oder das RWE Anteile besäßen und in dieser Situation an einer Zusammenarbeit nicht interessiert waren. Das Gutachten belege weiterhin , dass die

BELKAW bisher sehr gut geführt und intensiv auf den Wettbewerb vorbereitet wurde. Das sei auch sicherlich der Grund für das außerordentlich gute Verhandlungsergebnis, das erzielt wurde.
Die Forderungen, die aus der CDU-Fraktion u.a. im Bezug auf den Erhalt der Arbeitsplätze bei der BELKAW gestellt wurden, werden in dem Vertrag erfüllt. Es sei garantiert, dass die Stadt für die nächsten fünf Jahre einen Sitz im Aufsichtsrat der BELKAW behalten werde. Es werde ein Beirat bei der BELKAW gebildet, in dem vier Vertreterinnen oder Vertreter der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach Mitglieder sind. Sitz und Name der BELKAW bleiben in Bergisch Gladbach erhalten, denn es habe sich herausgestellt, dass die Kunden, die sich mit einheimischen Unternehmen identifizieren, selten zu einem anderen Energieversorger wechseln. Es werde keine betriebsbedingten Kündigungen im Zusammenhang mit der Mehrheitsübernahme geben. Bezogen auf den Umsatz habe die BELKAW im Vergleich zu anderen eine relativ geringe Personalzahl. Im Hinblick auf den globalen Wettbewerb sei es notwendig, die Bereiche Verkauf und Marketing auszubauen, was zu weiteren Neueinstellungen führe. Es sei sichergestellt, dass ortsansässige mittelständische Unternehmen, die bisher Auftragnehmer der BELKAW waren, auch weiterhin im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden. Die CDU-Fraktion sei überzeugt, dass das Unternehmen in Kooperation mit der GEW in der Größenordnung und mit den Aufgaben, die es bis heute hat, weiter am Standort Bergisch Gladbach bestehen werde und sich möglicherweise noch ausdehne.
Wichtig sei auch die Entscheidung über die Verwendung des Verkaufserlöses. 10 Millionen DM werden zur Renovierung des Hallenbades Paffrather Mühle eingesetzt, 90 Millionen sollten durch die Bädergesellschaft so festgelegt werden, dass aus dem jährlichen Ertrag der Geldanlage dauerhaft der Geschäftsbetrieb ohne Minderung des Verkaufserlöses sichergestellt werden kann. Keinesfalls sollte der Verkaufserlös der Tilgung städtischer Schulden dienen.
Je nach Anlageform haben die Geldinstitute und Banken bereits für den Verkaufserlös eine Verzinsung von sieben bis neun Prozent angeboten. Vergleiche man den derzeitigen Gewinn der BELKAW von 3,5 Millionen DM mit den Erträgen aus den 90 Millionen, werde sich das Vermögen so vergrößern, dass auch inflationsbedingte Verluste aufgefangen werden. Das Vermögen sei besser gesichert als bisher. Aus diesem Grunde werde die CDU-Fraktion dem Verkauf der BELKAW-Anteile zustimmen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Frau Ryborsch, dass die Beteiligung einer Stadt an einem örtlichen Energieunternehmen trotz des sich verändernden Energiemarktes durchaus sinnvoll und attraktiv sei. Alle von Herrn Müller vorgetragenen Argumente sprächen dafür, die Unternehmensanteile nicht zu verkaufen. Der Verkauf der BELKAW-Anteile sei nicht in der Vermögenssicherung begründet, sondern in der katastrophalen finanziellen Lage der Bäder GmbH, die diese nicht verschuldet hat. Vielmehr habe die Stadt vor Jahren das sanierungsbedürftige Vermögen auf die Bädergesellschaft übertragen.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei überzeugt, dass die BELKAW auch in einem sich massiv ändernden Energiemarkt gute Marktchancen hätte. Die Zukunft werde nicht im Billigatomstrom aus der UdSSR oder aus Frankreich, sondern in der Stromgewinnung aus alternativen Energien liegen. Großunternehmen wie die RWE analysierten heute schon, wie sie sich in diesen Markt betätigen können.
Es gebe keine Eile, die BELKAW-Anteile zu veräußern. Entgegen allen Behauptungen

haben die Städte Bonn, Brühl, Troisdorf und Leverkusen ihre Anteile an den örtlichen Energieversorgungsunternehmen auch noch nicht verkauft.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte den Verkauf auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht für notwendig. Hierzu müßten endlich andere geeignete Maßnahmen ergriffen werden, wie dies die Kommunalaufsicht gefordert habe.
Man wisse, dass es eine Mehrheit für den Verkauf der Anteile gebe und er durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht verhindert werden könnte. Ihre wichtigsten Anliegen seien deshalb, die Arbeitsplätze in Bergisch Gladbach zu erhalten und die Aufträge der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Stadt auch zukünftig zu sichern. Der Vertragstext sehe keinerlei Sicherung der Arbeitsplätze vor. Es handele sich lediglich um eine Absichtserklärung. Eine eindeutige vertragliche Regelung zum Erhalt der Arbeitsplätze sei abgelehnt worden und das deute auf einen Stellenabbau bei der BELKAW in Bergisch Gladbach hin. Dies bestätige die Aussage von Herrn Haumann, dem Vorstandsvorsitzenden der GEW, der die Kostenoptimierung als Daueraufgabe sehe. Kostenoptimierung in Unternehmen, gerade bei Fusionen, bedeute heutzutage immer Arbeitsplatzabbau.
Deshalb werde ihre Fraktion im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung Anträge zur Änderung des Vertragstextes stellen, um bei der BELKAW Arbeitsplätze und Aufträge für die örtlichen Unternehmen auch in Zukunft zu sichern. Sie erwarte, dass die Kolleginnen und Kollegen im Rat, denen die Arbeitsplatzgarantie in der Stadt ein wichtiges Anliegen ist, diese Anträge unterstützen.

Herr Freese macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Bergisch Gladbach seit 01.07.1995 nicht mehr gleichberechtigte Gesellschafterin, sondern Minderheitsgesellschafterin der BELKAW sei. Durch die Einbringung einer Sacheinlage und die gleichzeitige Übernahme von 20 % Geschäftsanteilen der BELKAW durch die RWE-Energie AG, die später auf 27% erhöht wurde, liege die Mehrheit nun bei den Energieunternehmen GEW und RWE.
Zudem habe die Öffnung der Wettbewerbsmärkte Einfluss auf den Strompreis. Die zur Verfügung stehende Strommenge von ca. 120 % des Bedarfs verstärke den Preisdruck und lasse die Gewinne der Unternehmen weiter sinken. Auch bei Gasenergie sei das Angebot größer als die Nachfrage. Nach der Freigabe des Marktes sei hier ebenfalls mit einem Preisrückgang zu rechnen.
Wenige örtliche Großunternehmen seien nach der Liberalisierung des Strommarktes zu anderen Anbietern gewechselt. Andere ortsansässige Firmen mit Außenproduktion hätten aber ihre Energieversorgung gebündelt und mit der BELKAW abgestimmt. Ebenso hätten die meisten Privatkunden der BELKAW von einem Wechsel abgesehen, so dass die BELKAW ihre Marktanteile weitgehend halten konnte. Dies sei aber für die Zukunft fraglich. Die heutige Vorlage zum beabsichtigten Verkauf der BELKAW-Anteile komme aus Sicht der SPD-Fraktion zwei bis drei Jahre zu spät. Der Verkaufserlös wäre vor zwei bis drei Jahren vermutlich um 40 bis 50 % höher gewesen.

Herr Freese beantragt für die SPD-Fraktion unter Bezugnahme auf die Vorlage im öffentlichen Teil der Ratssitzung im zweiten Absatz in der ersten Zeile das Wort "sollen" durch "wird" zu ersetzen. Mit dieser Formulierung sei sichergestellt, dass der Verkaufserlös angelegt werde und für keinen anderen Zweck zur Verfügung stehe.

Des Weiteren unterhalte das Unternehmen BELKAW im Stadtgebiet zahlreiche klei-

nere Grundstücksflächen für die technische Abwicklung der Energieversorgung und das werde sicher so bleiben. Demgegenüber könnte das Betriebsgelände im Bereich Hermann-Löns-Straße /Am Stadion langfristig Teil der disponiblen Masse des jetzigen Mehrheitsgesellschafters werden. Da es im Stadtgebiet einen Mangel an Gewerbeflächen gebe, sollte sich die Stadt hier ein Vorkaufsrecht sichern. Die vertragliche Sicherung eines Vorkaufsrechtes werde er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch näher begründen und beantragen.
Das gleiche gelte für den Erhalt der Arbeitsplätze der BELKAW-Mitarbeiter und die Auftragssicherung für die ortsansässigen Firmen, die im Auftrag der BELKAW Energieversorgungsarbeiten vorgenommen haben.

Für Herrn Blask geht es erstens um die grundsätzliche Frage des Verkaufs der BELKAW-Anteile und zweitens, die Verwendung des Geldes.
Die Fraktion KIDitiative werde nach eingehender Beratung in Anbetracht der Liberalisierung des Strommarktes und des dadurch ausgelösten Wettbewerbs dem Verkauf der BELKAW-Anteile zustimmen. Unstreitig seien der Ausschluss der betriebsbedingten Kündigungen und die Auftragssicherung für die kleinen mittelständischen Unternehmen wichtig, doch habe man auch den Auftrag, das Vermögen der Stadt für die Bürger bestmöglich zu verwalten. Die Fraktion KIDitiative hält den Zeitpunkt für gegeben, die Anteile zu verkaufen.

Herr Blask sieht keinen Sinn darin, die 90 Millionen DM anzulegen anstatt ein Viertel der städtischen Schulden damit zu tilgen. Wirtschaftlich betrachtet zahle man mehr für die Kredite als man für die Geldanlage erhalte.
Es sollte geprüft werden, ob die städtische Verschuldung mit dem Verkaufserlös soweit abgebaut werden kann, dass mit dem Zinsgewinn die Verluste der Bädergesellschaft aufgefangen werden können.
Aus Sicht der Fraktion KIDitiative sollte die Verwendung des Verkaufserlöses nochmals mit einem Finanzexperten erörtert werden.

Frau Opladen bemerkt, dass nicht die Stadt, sondern die Bädergesellschaft Eigentümerin der BELKAW-Anteile ist. Die Bädergesellschaft trage die Defizite der Bäder, für die die Stadt verantwortlich ist, und werde aus dem Verkaufserlös deren Unterhaltung finanzieren. Andernfalls müsste die Stadt für die Bäder aufkommen.
Sie macht deutlich, dass der Rat den Beschluss des Aufsichtsrates, die Anteile zu veräußern, zur Kenntnis nehmen kann. Er entscheide jedoch nicht über die Veräußerung der Anteile.

Frau Schmidt-Bolzmann erklärt, dass die F.D.P.-Fraktion die Verkaufsentscheidung befürwortete. Die Fraktion teile die Auffassung von Fachleuten, dass vor zwei Jahren kein höherer Verkaufspreis hätte erzielt werden können und heute vielleicht sogar ein strategisches Plus bei den Verhandlungen erreicht wurde. Sicher sei, dass sich jede weitere Zeitverzögerung negativ auf den Verkaufspreis auswirken werde. GEW und BELKAW arbeiteten schon seit vielen Jahren erfolgreich zusammen.
Berücksichtige man, dass aufgrund gesetzlicher Änderungen die Körperschaftssteuerrückerstattung, die bereits schon um 25 % gekürzt wurde, ganz entfalle und die Gewinne weiter sinken, so komme nur die Veräußerung der BELKAW-Anteile in Betracht, um die Unterhaltung der Bäder auf Dauer zu sichern.

Die F.D.P.-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Kleine nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Blask und Herrn Müller zur Verwendung des Verkaufserlöses. Die Bädergesellschaft werde natürlich versuchen, mit den 90 Millionen DM möglichst hohe Zinserträge zu erzielen. Dem stehe nicht entgegen, dass die Bädergesellschaft das Geld der Stadt Bergisch Gladbach zu einer Mittelkondition zur Verfügung stelle. Daraus könnten beide Seiten ihre Vorteile ziehen.

Herr Müller weist daraufhin, dass für Kommunalkredite wesentlich geringere Zinsen zu zahlen seien als von der Privatwirtschaft. Dem Gedanken, möglichst viele Kredite aufzunehmen und diese Beträge anzulegen, stünden rechtliche Gründe entgegen. Bei der letzten Kreditaufnahme der Stadt habe der Zinssatz bei 5,3 Prozent gelegen. Für das Geld aus der Veräußerung der BELKAW-Anteile erhalte man je nach Anlageform zwischen sieben und neun Prozent Guthabenzinsen. Es sei also wirtschaftlicher, den Verkaufserlös fest anzulegen.

Herr Dr. Kassner stellt fest, dass die Stadt einerseits den Betrieb der Bäder, der immer ein Zuschussbetrieb gewesen sei, als freiwillige Leistung erbracht habe. Andererseits habe es den politischen Auftrag gegeben, die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas im Stadtgebiet zu gewährleisten. Mit der Liberalisierung des Energiemarktes entfalle diese Verpflichtung für die Stadt. Insofern bestehe die Möglichkeit, einen Betrieb, der die Energieversorgung sichergestellt hat, zu veräußern und mit dem Geld die freiwillige Leistung, den Unterhalt der Bäder auf wenigstens zehn Jahre oder länger zu finanzieren. Deshalb könne das Geld nicht für andere Dinge eingesetzt werden.
Der Aufsichtsrat bzw. die vom ihm bestellte Verhandlungskommission habe bereits alle jetzt geforderten Vertragsänderungen und -ergänzungen, wie den Schutz vor betriebsbedingter Kündigung, Beschäftigung der bisher tätigen Unternehmen, ausdrücklich gegenüber der GEW durchgesetzt. Dies alles sei im Abtretungsvertrag fixiert und man solle ihm zustimmen. Im übrigen sei die GEW ein Unternehmen, das soziale Gesichtspunkte bei der Beschäftigung gelten lasse.

Herr Kotulla stellt klar, dass der kamerale Haushalt in den vergangenen Jahren durch die Gewinnausschüttung der BELKAW keinerlei Leistungen für die Bäder erbracht habe. Für die Zukunft könne dies nur durch die Veräußerung der BELKAW-Anteile und die Anlage des Verkaufserlöses sichergestellt werden.
Die konstruktive Zusammenarbeit mit der BELKAW in der Vergangenheit dürfe nicht über die mit der Liberalisierung des Energiemarktes verbundenen Gefahren hinwegtäuschen. Wolle man den Haushalt konsolidieren, müsse ein Weg gefunden werden, der den Bäderbetrieb langfristig sichert, ohne den städtischen Haushalt zu belasten. Alternativ komme nur die Schließung der Bäder in Betracht, die andere Städte schon lange vollzogen hätten und die hier niemand wolle.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Frau Opladen den Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung der von der SPD-Fraktion beantragten Änderung zur Abstimmung.

Der Rat fasst **mehrheitlich** gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluss:

**1.**

**Der Rat verzichtet gem. § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung auf eine Beratung im Fachausschuss.**

**2.**
**Auf Antrag der SPD-Fraktion wird im zweiten Absatz des Beschlussvorschlages der Verwaltung das Wort „soll“ durch „wird“ ersetzt.**

**3.**
**Der Rat nimmt den Beschluss des Aufsichtsrates der Bädergesellschaft mbH zur Veräußerung der Geschäftsanteile an der BELKAW GmbH an die GEW Köln AG zustimmend zur Kenntnis.**

**Der Verkaufserlös wird durch die Bädergesellschaft mbH langfristig so angelegt werden, dass aus dem jährlichen Ertrag der Anlage dauerhaft der Geschäftsbetrieb ohne Verminderung des Verkaufserlöses sichergestellt wird.**

## C Öffentlicher Teil

### 1. Festakt zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Hans Hachenberg

Die öffentliche Sitzung wird um 18.10 Uhr mit dem Festakt zur Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Hans Hachenberg fortgesetzt.

Der Festakt wird musikalisch von Pianist Mark Joggerst mit den Musikstücken „Circulations“ und „Blue Monk“ sowie einem Medley karnevalistischer Lieder umrahmt.

Frau Opladen und Herr Bosbach würdigen das Engagement von Herrn Hans Hachenberg zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach.

In Anerkennung der besonderen Verdienste um die Stadt Bergisch Gladbach verleiht Frau Opladen Herrn Hans Hachenberg das Ehrenbürgerrecht der Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Hachenberg bedankt sich für die ihm zuteil gewordene Ehrung.

Die Manuskripte der Ansprachen von Frau Opladen und Herrn Bosbach sowie die Rede von Herrn Hachenberg im Wortlaut sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach einem Wort- und Musikvortrag von Herrn Wicky Junggeburth und Herrn Willi Schnitzler schließt Frau Opladen um 19.50 Uhr die Ratssitzung. Sie lädt die Anwesenden zum anschließenden Empfang ein.

Maria Theresia Opladen

Helga Monheim

## Rede von Ehrenbürger Hans Hachenberg im Wortlaut

---

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Ehrenbürger der Stadt,
die Damen der leider schon verstorbenen Ehrenbürger, der Landrat, liebe Stadtratsmitglieder,
leev Fründe,

es gibt im Leben Tage, die nicht vergessen werden: Geburtstage
und Ehrentage u.s.w.
Einer dieser Tage ist heute für mich. Das ist wohl die größte Auszeichnung, die sich einer im Leben vorstellen kann. Ich sage Ihnen jetzt nur einige Worte, es soll nicht zu lange werden, aber ich fange an wie in meinen karnevalistischen Reden,
mit de Mam.
Meine Mutter war früher immer sehr krank und mußte viele Ärzte besuchen. Bei einem dieser Besuche, das war in Köln-Mülheim - ich wohr do ne kleene Krott noch - war ich dabei. Der Professor Dümmling, so hieß er, sehr bekannt in der Region, sagte dann zu mir indem er meine Hand nahm: "Kind, Dir werden noch hohe Ehren zuteil."
Ich habe als Kind nicht darüber nachgedacht. Aber jetzt, wo mir die Ehre zu teil wird für über fünfzig Jahre, die ich dem Publikum, ich hoffe, Freude bereitet habe, da wird mir bewußt, was alles auf mich zugekommen ist. Selbst nach meiner schweren Krankheit habe ich wieder angefangen, dem Publikum Freude zu bereiten, weil ich gedacht habe, es gibt schlimmere Fälle wie deine. Geh' dahin.
So danke ich dann, Ihnen Frau Bürgermeisterin, dem ganzen Rat der Stadt und allen, die sich eingesetzt haben, um mir heute den schönsten Tag in meinem Leben, die größte Ehre, zu bereiten. Ich danke Ihnen und versichere Ihnen, ich bleibe das, was ich war, denn

ich ben 'ne Gläbbiger Jung,
ich dun jän laache,
ich ben 'ne Gläbbiger Jung, wat wullt Ihr maache,
ich ben bestemmp net schläch,
halt jän 'ne Klaaf,
sachen üch am Schluss
Gläbbisch Alaaf! .

## Teilnehmerliste

Anwesend sind

Vorsitzende(r)

Frau Opladen

Mitglied -CDU-

Herr Albrecht
Frau Bendig
Herr Binding
Herr Buchholz
Herr Cüpper
Herr Dehler
Herr Haasbach
Herr Hagen
Herr Heutz
Frau Holtzmann
Herr Jung
Herr Dr. Kassner
Herr Kierspel
Herr Köntje
Herr Kraemer
Herr Müller
Frau Münzer
Herr Nagelschmidt
Herr Pick
Frau Reudenbach
Herr Sacher
Frau Schu
Herr Sprenger
Frau Wagner
Herr Willnecker
Frau Wöber-Servaes
Herr Wolfgarten
Frau Wörsdörfer

Mitglied -SPD-

Herr Freese
Frau Hammelrath
Herr Hoffstadt
Kleine
Frau Kreft
Herr Dr. Miege
Herr Neu
Herr Orth
Herr Schäfer
Frau Schneider
Frau Schöttler-Fuchs
Herr Thannisch
Herr Waldschmidt
Herr Dr. Winzen

Mitglied -F.D.P.-

Herr Dr. Fischer
Frau Koshofer
Frau Schmidt-Bolzmann

Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

Frau Böhrs
Frau Ryborsch
Frau Scheerer
Herr Schnöring
Herr Ziffus

Mitglied -KID-

Herr Blask
Frau Böcher